

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Mai/Juni 1978

Evangelische Verantwortung

Heft 5 – 6/1978

Über den Auftrag des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Lieber Leser!

Am 28. April 1978 hat mich der Bundesarbeitskreis des EAK zum Bundesvorsitzenden gewählt. Gleichzeitig hat er den bisherigen Bundesvorsitzenden, Bundesminister a. D. Dr. Gerhard Schröder, der auf eigenen Wunsch nicht mehr kandidierte, einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Gerhard Schröder hat den Evangelischen Arbeitskreis fast 23 Jahre geleitet. Während dieser 23 Jahre ist in unserem Land und auch in den Unionsparteien viel geschehen. Die außerordentlichen Leistungen unionsgeführter Bundesregierungen auf allen Feldern der Außen- und Innenpolitik fallen ebenso in diese Zeitspanne wie die Stagnations- und Resignationsepoche seit 1969, der gewaltige Wahlsieg der Unionsparteien unter der Führung Konrad Adenauers im Jahre 1957 ebenso wie der schrittweise Verlust der Regierungsverantwortung seit 1966 und die Oktoberwahl von 1976, in der die Unionsparteien das Ziel der absoluten Mehrheit nur knapp verfehlten.

Gerhard Schröder hat seinem Vaterland und seiner Partei in allen diesen Jahren unermüdlich und an hervorragender Stelle gedient – seit dem ersten Tage der Bundesrepublik Deutschland als Abgeordneter des Deutschen Bundestages, 16 Jahre lang als Bundesminister, in den verantwortungsbeladenen und dornenvollen Ämtern des Innenministers, des Außenministers und des Verteidigungsministers. 1969 war er der gemeinsame Kandidat von CDU und CSU für das Amt des Bundespräsidenten. Seit Jahren ist er Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages. In allen diesen Ämtern ist er stets auch ein Symbol des Evangelischen Arbeitskreises und seines Selbstverständnisses gewesen – einmal in der Selbständigkeit des Denkens und politischen Programmierens, die für ihn ebenso charakteristisch ist wie sie es für den Evangelischen Arbeitskreis sein sollte, und zum andern in der politischen „Methodik“, deren sich der EAK bedient und die es

ihm verbietet, durch „Positionspapiere“ und Resolutionen den Anschein politischer Wirksamkeit zu erwecken. Gerhard Schröder hat stets den anderen, wirksameren, freilich auch weniger aufsehenerregenden Weg gewählt, indem er zentrale Positionen des deutschen Protestantismus von der Stelle aus, an die er gerade gestellt war, in die politische Praxis unserer Partei und damit auch unseres Staates einbrachte.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist Gerhard Schröder großen Dank schuldig. –

Der Wechsel an der Spitze einer politischen Organisation, wie sie auch der Evangelische Arbeitskreis ist, bietet Beobachtern – wohlmeinenden und weniger wohlmeinenden – eine willkommene Gelegenheit, über die Funktionen und den Auftrag dieser Organisation nachzudenken. So konnte es nicht ausbleiben, daß über den EAK in den vergangenen Wochen vor allem auch in Presseberichten vielerlei Meinungen und auch Irrtümer verbreitet wurden. Deshalb will ich hier noch einmal niederlegen, was ich in meinem Schlußwort zur Kasseler Bundestagung des EAK am 30. April 1978 zu diesem Thema gesagt habe.

Zunächst gilt es einige Klischees auszuräumen, die offenbar unausrottbar sind und die sich infolgedessen auch durch die Berichterstattung der letzten Wochen gezogen haben. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist weder ein Vehikel für ehrgeizige Protestanten, **nur** wegen ihrer Konfession und ohne eigene Leistungen zu Mandaten und Listenplätzen zu gelangen, noch ist er, wie es immer wieder zu hören ist, eine „Hausmacht“ für seinen Vorsitzenden und die Mitglieder des Bundesvorstands. Er ist weder ein mit Monopolansprüchen ausgestatteter Botschafter zwischen den Unionsparteien und der evangelischen Kirche noch hat er es sich – wie es ihm Hans Koschnick, der stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, kürzlich vorgeworfen hat – zum Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit über das Verhältnis zwischen den evangelischen Christen in Deutschland

und der CDU/CSU zu beschwindeln. Wer den Evangelischen Arbeitskreis so oder ähnlich begreift, geht am Wesen der Dinge meilenweit vorbei.

Ich meine, man könne zu einem richtigen – und dann auch fruchtbaren – Verständnis des Evangelischen Arbeitskreises überhaupt nur dann vorstoßen, wenn man nicht von irgendwelchen vorgefaßten „Rollenverständnissen“ ausgeht, sondern von den **Menschen**, die sich in ihm zusammengefunden haben und die in ihm arbeiten: Der Evangelische Arbeitskreis ist eine Vereinigung von Frauen und Männern, die – jeder an seinem Platz und auf ganz verschiedenen Ebenen – **sowohl** in unserer Kirche **als auch** in unserer Partei Verantwortung tragen und die daher bereit sind, **beiden zu dienen**.

Diesen Dienst brauchen in der Tat auch beide, sowohl die Partei als auch die Kirche. Unter den vielen Glückwünschen, die mich in den letzten Tagen erreicht haben, befand sich der eines sehr hohen und der CDU/CSU keineswegs nahestehenden Repräsentanten der Kirche. Dieser Mann schrieb mir u. a.: „So wie es aus der Sicht der CDU nötig ist, in der Kirche das Verständnis für die Arbeit und die Ziele der Partei zu vermehren, so ist es aus der Sicht der Kirche ganz wichtig, in der CDU und bei den politisch Verantwortlichen aus ihren Reihen das Verständnis für die besondere Situation und den spezifischen Auftrag der Kirche zu mehren.“ Genau darum geht es – und wie schwierig das sein kann, weiß jeder, der einmal versucht hat, einem „linken Pfarrer“ deutlich zu machen, daß die CDU/CSU keine Partei des Großkapitals ist und daß christliche Nächstenliebe nicht gleichbedeutend mit Sozialismus sein muß, und der einmal vor der Aufgabe stand, mit Recht empörten Parteifreunden klar zu machen, daß nicht jede Resolution von zwölf Pfarrern und zwanzig Theologiestudenten und nicht jede Rede Helmut Gollwitzers schon eine Stellungnahme der evangelischen Kirche ist.

Ich bin weit davon entfernt, die mit diesen Beispielen verbundenen Aufgaben gering einzuschätzen. In der Tat ist zwischen der Kirche und der CDU/CSU der Schutt solcher Mißverständnisse abzuräumen, und zwar, wie ich sogleich hinzufügen muß, nicht auf der Spitzenebene, wo es seit langem auch zu politisch Andersdenkenden eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit gibt, wohl aber auf der mittleren und unteren Ebene von Kirche und Partei. Deshalb werde ich als Bundesvorsitzender u. a. alles daran setzen, die Gespräche mit Pfarrern, Kirchenältesten, Synodalen, kirchlichen Mitarbeitern, die wir in den letzten Jahren in Gang gebracht haben, fortzuführen, auszubauen und wenn möglich auch durch organisatorische Maßnahmen auf eine breitere Basis zu stellen. Aber das Feld der Aufgaben ist weiter und die Furchen, die hier zu ziehen sind, müssen tiefer werden, sowohl im Verhältnis zur Partei als auch im Verhältnis zur Kirche.

Was das Verhältnis des Evangelischen Arbeitskreises zur Partei betrifft, so hat Konrad Adenauer im Prinzip das Richtige getroffen, als er sagte, es gehe den Katholiken und den Protestanten in CDU und CSU um die gleiche Sache, aber sie hätten miteinander verschiedene Begründungen dafür. Es wäre m. E. grundfalsch, diese Bedeutung verschiedener Begründungen für ein und dieselbe Sache zu unter-

schätzen. Dies schon aus allgemein staatspolitischen Überlegungen: Es ist für das deutsche Volk angesichts seiner Konfessionsgeschichte von entscheidender Bedeutung, ob die große Volkspartei, die sich selbst als christlich bezeichnet, in ihren programmatischen Aussagen eine Sprache spricht, in der die Angehörigen **beider** Konfessionen sich selbst und ihr angestammtes Denken „wiedererkennen“ können oder nicht. (Und das nur nebenbei: Es ist natürlich auch für die Verankerung der Partei in der Bevölkerung und für ihre Wahlchancen nicht gleichgültig, ob das gelingt!).

Deshalb hat sich der Evangelische Arbeitskreis von Anfang an aktiv und in bewußter gegenseitiger Abstimmung der Beteiligten in die Diskussion um das **Grundsatzprogramm** der CDU eingeschaltet. In der jetzt beginnenden abschließenden Runde der Beratungen wird er diesen Weg selbstverständlich weitergehen.

Übrigens geht es im Verhältnis zwischen Arbeitskreis und Partei nicht automatisch nur um Begründungen. Es ist durchaus denkbar – und **muß** denkbar sein –, daß die Evangelischen in CDU und CSU aus ihren grundsätzlichen Positionen heraus einmal auch einen anderen Weg, eine andere Sachentscheidung für richtig halten als andere Gruppierungen in der Partei. Dafür gibt es im Augenblick zwar weder einen Anhaltspunkt noch ein Beispiel. Aber theoretisch denkbar ist der Fall, und dann werden wir aus unserer Überzeugung auch kein Hehl machen. Nur müssen alle, die von uns dann öffentliche Auseinandersetzungen und öffentliche Schaukämpfe erwarten, eine Enttäuschung erleben. Wir werden abweichende Positionen deutlich und rechtzeitig anmelden, aber in den Formen, die unsere Partei von uns erwarten kann: im internen, freundschaftlichen Gespräch.

Ähnlich wird und muß sich unsere Arbeit in unserer evangelischen Kirche gestalten. Der Evangelische Arbeitskreis ist nicht dazu gegründet worden, aus unserer Kirche eine CDU-Kirche zu machen, und er wird unter meiner Führung auch nicht, wie es mir gelegentlich unterstellt wurde, zum „Sturm auf die Kirche“ ansetzen. Aber er hat sich der Tatsache zu stellen, daß eine Kirche wie die evangelische, die so sehr auf reformatorische Freiheit setzt, in der pluralistischen Gesellschaft unserer Zeit selbst pluralistisch wird. Das macht vielen Kirchenmitgliedern Last, ist aber nach Lage der Dinge kaum zu vermeiden. Die Kirche muß Menschen aus allen Schichten und Ständen, aber eben auch Menschen von unterschiedlichen politischen und religiösen Akzentsetzungen Obdach geben, und diese müssen in gegenseitiger Toleranz – man kann auch sagen: in brüderlicher Verbundenheit – unter diesem Dach leben können.

Nur muß, wer von kirchlichem Pluralismus spricht, auch folgendes wissen: Pluralismus ist keine Addition aus Toleranz und Standpunktlosigkeit, sondern aus **festen eigenen Standpunkten** und **Toleranz**. Diesem Auftrag wollen wir uns als Evangelischer Arbeitskreis in der Kirche stellen. Das kann auf vielfältige Weise geschehen –

– indem wir Gemeinden und Pfarrern in Zeiten erregter Diskussion über politische Fragen unseren eigenen Standpunkt so nahe wie nur irgend möglich zu bringen suchen,

- indem wir Menschen, die sich in vitalen Fragen von ihrer Kirche nicht hinreichend verstanden fühlen, stützen (die Evangelische Elterninitiative, die sich in Nordrhein-Westfalen gegen die sogenannte Koop-Schule bildete, mag ein Beispiel dafür sein),
- indem wir politische Äußerungen der Kirche (die wir nicht grundsätzlich für illegitim halten) wenn nötig auch in politischer Argumentation beantworten,
- indem wir der Kirche - vor allem in der Arbeit unserer Studiengruppe - eindringlich theologische Fragen stellen, denen sie sich unserer Überzeugung nach zu wenig stellt (wieder sei nur ein Beispiel genannt: die Auseinandersetzung mit dem Marxismus und seinen Grundpositionen), und
- indem wir sie immer wieder auf ihr Proprium verpflichten: die Verkündigung des Evangeliums in dieser Welt.

Das sind die Felder, auf denen der Evangelische Arbeitskreis zu arbeiten hat - zugegeben weite und steinige Felder. Es wird nicht alles gelingen, was er in Angriff nimmt. Aber manches wird, wenn nur genügend ernst gearbeitet wird, zum Erfolg geraten. Um diese Mitarbeit bitte ich Sie heute.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Roman Jurek

Aus dem EAK der ÖVP

Karl Chytil heimgegangen

Wien: Am 25. März 1978 ist der stellvertretende Vorsitzende des EAK-Österreich, Kommerzialrat Karl Chytil, im 61. Lebensjahr nach kurzem Spitalsaufenthalt plötzlich verstorben.

Seit vielen Jahren hat Kommerzialrat Karl Chytil seiner Gemeinde Wien-West und der Reformierten Kirche Österreichs in vielfältigen und verantwortungsvollen Funktionen gedient. So war er unter anderem von 1963 bis 1965 Jugendwart, 1966 bis 1976 Mitglied der Generalsynode, 1968 bis 1974 Mitglied des Evangelischen Oberkirchenrates H. B., des Synodalausschusses H. B. und des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich. Von 1966 bis 1978 war er Kurator der Evangelischen Pfarrgemeinde Helvetischen Bekenntnisses Wien-West, seit 1974 erster Vorsitzender des Verbandes der Evangelischen Pfarrgemeinden H. B. in Wien.

Im November 1966 hatte Karl Chytil damit begonnen, einen Kontaktkreis für das Gespräch evangelischer Christen mit der Wiener Volkspartei aufzubauen. Sein unermüdliches Engagement hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich am 19. Januar 1968 ein Evangelischer Arbeitskreis in der ÖVP konstituieren konnte, den er dann zusammen mit dem inzwischen ebenfalls ver-

storbenen unvergessenen Bundesrat Albert Römer und den Nationalratsabgeordneten Dr. Johanna Bayer und Dr. Hermann Geissler leitete.

Als sich am 23. Juni 1977 der EAK der ÖVP neu konstituierte, übernahm Karl Chytil wieder die Funktion eines stellvertretenden Vorsitzenden, und er hat mit seinem Engagement wesentlich zum Gelingen dieses Neubeginns beigetragen.

Eine zahlreiche Trauergemeinde gab Karl Chytil am 4. April das letzte Geleit. Der Geschäftsführer des EAK-Österreich, Robert Kauer, würdigte bei der Begräbnisfeier in der Heilandskirche im Evang. Friedhof Wien-Semmering die Verdienste Karl Chytils mit klaren Worten und dem Versprechen, daß sein Vorbild Verpflichtung bleiben wird.

EAK Regionaltreffen in Salzburg

Wien: Auf Initiative von Univ.-Prof. Dr. Christoph Link, dem stellvertretenden Vorsitzenden des EAK-Österreich, fand nach einem ersten Treffen für die Region Wien-Niederösterreich-Burgenland am 17. November 1977 nun am 8. Mai 1978 in Salzburg ein weiteres Regionaltreffen des EAK der ÖVP statt. Der Salzburger Landesparteiobmann und Landeshauptmann Dr. Haslauer

begrüßte dieses erste Treffen evangelischer Christen in Salzburg im Rahmen der Volkspartei. Ziel und Aufgabe des EAK skizzierte der Vorsitzende des EAK, Nationalratsabgeordneter Komm.-Rat Landgraf. Die Darstellung des politischen Standortes des evangelischen Christen in Österreich durch Univ.-Prof. Dr. Link führte zu einer angeregten Diskussion.

Aus dem Inhalt

Über den Auftrag des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU	1
Aus dem EAK der ÖVP	3
Dokumentation: SWAPO gratuliert Moskau zur Oktoberrevolution	4
Wir Protestanten - Positionen heute	5
Peter Egen	
Zum „Missionarischen Jahr 1980“	6
Aus unserer Arbeit	7
Aufforderung zur Mitarbeit am CDU-Grundsatzprogramm	9
EKD distanziert sich vom Sjollema-Papier	9
Neuer EAK-Bundesvorstand gewählt	10
Leserbriefe	11
Dokumentation: Ein verwunderliches Referat in der Evg. Akademie Arnoldshain	12
Kurz notiert	15
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	16

SWAPO gratuliert Moskau zum 60. Geburtstag der Oktoberrevolution

Die kriegerischen Auseinandersetzungen in Afrika nehmen zu. Der Kampf um die Vormachtstellung der kommunistischen Herrschaft ist in eine neue Phase eingetreten. Die sogenannten Freiheitsbewegungen bringen mehr Marxismus aber weniger Freiheit – Unfreiheiten lösen sich ab – kubanische Truppen stehen im südlichen Afrika und in anderen Spannungsgebieten des schwarzen Kontinents. Die SWAPO ruft zwischen Lusaka, Windhuk und New York zur Befreiung Namibias auf – dabei hält sie sich selbst für die einzige Alternative – die Gruppierungen der Turnhallen-Konferenz lehnt sie genauso wie auch freie Wahlen ab.

Von den Regierungen der westlichen Welt wird die SWAPO in ihrer Ideologie und in ihrem politischen Wollen oft falsch eingeschätzt. Das Organ der SWAPO „Namibia today“, Erscheinungsort ist Lusaka/Sambia, vermittelt bei genauer Lektüre aufschlußreiche Erkenntnisse über den politischen Standort der SWAPO, die wir den Lesern der Evangelischen Verantwortung nicht vorenthalten wollen. Nr. 3/1977 dieses Magazins veröffentlichte unter der Überschrift „60 Jahre Solidarität“ nachfolgende Botschaft, die all jenen zu denken geben sollte, die nur an das Gute glauben.

60 Jahre Solidarität

Das Zentralkomitee der SWAPO und die Volksbefreiungsarmee von Namibia und das ganze Volk unseres Landes schließen sich ohne Scheu oder Gunsthascherei der progressiven Weltgemeinschaft und den Arbeitern und Bauern überall auf der Welt an und übermitteln der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Regierung und dem Volk der Sowjetunion anlässlich des 60. Jahrestages der historischen bolschewistischen Revolution von 1917 und besonders für die seitdem in allen Bereichen menschlichen Strebens erreichten Fortschritte und Errungenschaften unsere herzlichsten Grüße und aufrichtigen Glückwünsche.

Jenes historische Ereignis hat die gesamte Geschichte der Menschheit verändert. Die sozialen Beziehungen der Welt sind seitdem nie mehr dieselben gewesen. Die Entwicklungen der UdSSR auf den Gebieten Wissenschaft und Technologie, industrielle Entwicklung, Agrarreformen, Sozialfürsorge und Erziehungswesen sind von der beispiellosen Tatsache gekennzeichnet, daß all dieses in nur sechzig

Jahren der Existenz des Sowjetstaates erreicht worden ist.

Vor nur sechzig Jahren übernahmen Arbeiter und Bauern im Interesse der unterdrückten und ausgebeuteten Massen nicht nur der UdSSR, sondern der ganzen Welt – der besiedelten, der sich entwickelnden und auch der entwickelten – die Staatsgewalt unter Führung ihrer Vorkämpfer-Partei, der Bolschewistischen Partei.

Wir in Afrika sind wie unsere Brüder in Asien, Lateinamerika sowie jene, die in den großen kapitalistischen Ländern des Westens zu Armut und Ausbeutung verurteilt sind, von dem Sieg der großen Oktoberrevolution über zaristische Unterdrückung und Tyrannei auf das Stärkste inspiriert worden.

Seit jenem Sieg in ihrem eigenen Land sind die Partei, die Regierung und das Volk der Sowjetunion den internationalen Zielen der Revolution treu geblieben. Sie haben weiterhin den Kräften der Befreiung in Asien, Afrika und Lateinamerika und anderswo großzügig dabei geholfen, sich vom Joch kolonialer Unterdrückung, imperialistischer Ausbeutung und rassistischer Beherrschung zu befreien. Diese Un-

terstützung für und Solidarität mit den kämpfenden Völkern der Welt hat der Sowjetunion unschätzbare Bewunderung und Anerkennung als heroischer Kämpfer für Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit auf der Welt eingebracht.

SWAPO und das kämpfende Volk von Namibia sind die Empfänger diplomatischer, politischer und – das ist am wichtigsten – konkreter materieller Hilfe aus der Sowjetunion im Kampf gegen die illegale koloniale Besetzung unseres Landes durch die Streitkräfte Vorsters und seiner politischen Anhänger gewesen und sind es noch heute.

So wären zum Beispiel die militärischen Anstrengungen der Volksbefreiungsarmee von Namibia (PLAN) ohne diese unentbehrliche Hilfe und Zusammenarbeit nicht so eindrucksvoll, wie sie es heute sind.

Wir fordern sie auf, sich zu steigern und weiterzumachen, um noch mehr zur totalen Befreiung aller unterdrückten Völker und zur Förderung von Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit auf der Welt beizutragen, um so letztlich den Zweck der vor 60 Jahren begonnenen Revolution zu erfüllen.

Wir Protestanten – Positionen heute

Peter Egen

Als eine herausragende Aufgabe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU bezeichnete kürzlich in Bonn der am 28. April anlässlich der 22. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises in Kassel neugewählte Vorsitzende Professor Dr. Roman Herzog, zwischenzeitlich Kultusminister von Baden-Württemberg, das verstärkte Bemühen des Arbeitskreises um die evangelischen Gemeinden und ihre Geistlichen.

Diese Absicht kann für den Arbeitskreis fruchtbar und hilfreich zugleich sein: Den ersten Beweis lieferte die unter dem Leitthema „Wir Protestanten – Positionen heute“ stattfindende Bundestagung, bei der unter den nahezu 700 Tagungsteilnehmern mehr als hundert evangelische Pfarrer anwesend waren.

Diese hohe Zahl von Geistlichen ist für den Arbeitskreis ein deutlicher Beweis dafür, daß Theologen und Pfarrer darum wissen, aus welchen geistig-geistlichen Quellen der Arbeitskreis seine ungebrochene Kraft im 27. Jahr seines Bestehens bezieht.

Für Roman Herzog stellt sich diese Frage so dar: „Vieles weist heute darauf hin, daß sich in dem kirchlich gebundenen Bereich eine erneute Wende zu den Unionsparteien erreichen läßt.“

Die Kasseler Tagung, ihr Ablauf und ihre Ergebnisse scheinen ihm Recht zu geben. Nicht nur die hervorragenden Referate zum Leitthema der Tagung, die der Münchener Theologe Professor Dr. Trutz Rendtorff – nicht Mitglied der Unionsparteien, wie übrigens fast die Hälfte der Referenten und Podiumsteilnehmer – sowie der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg hielten, sondern auch die Vorträge

und Diskussionen in den Arbeitskreisen unterstreichen die Aussagen des neuen EAK-Bundesvorsitzenden.

Echte Aufbruchstimmung

Die sich abzeichnende Wende war in den Wandelhallen der Kasseler Stadthalle in vielen Einzelgesprächen mit Tagungsteilnehmern immer wieder deutlich spürbar. Da sprach am Vorabend des Tagungsbeginns der neugewählte Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Dr. Hans-Gernot Jung, zum Thema „Unsere Kirche heute“. Da diskutierten im Arbeitskreis „Theologische Strömungen der Gegenwart“ nahezu 300 Teilnehmer über den Standort des christlichen Glaubens.

Es war eine Aufbruchstimmung, die in Kassel feststellbar war. Deutlich allerdings klang auch durch, daß man nicht länger bereit sei, ideologische Verfälschungen des Christentums stillschweigend hinzunehmen. Die Frage nach dem Menschenbild, die Frage nach unserem Freiheitsverständnis zog sich wie ein einendes Band durch die Diskussionen der vier Arbeitskreise, die sich mit Fragen der Theologie, der Familie, der Bürokratisierung unseres Lebens sowie der Bildung beschäftigten.

Zentral wurden diese Anfragen dann in der öffentlichen Schlußveranstaltung durch Dr. Werner Dollinger, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien, sowie durch Dr. Helmut Kohl gestellt. Der CDU-Bundesvorsitzende rief dazu auf, wieder mehr Freiheiten, mehr Chancen zur Selbständigkeit zu geben, und gegen alle totalitären Versuchungen den Glau-

ben an die Überlegenheit der Freiheit zu setzen. Ordnung und Freiheit – so führte Helmut Kohl weiter aus – müßten zu einer fruchtbaren Synthese verbunden werden. Daher müsse sich die Freiheit in Staat und Gesellschaft in den konkreten Freiheiten für den einzelnen bewähren.

Roman Herzog will die Akzente seiner zukünftigen Arbeit gemeinsam mit seinem Vorstand setzen. Als Stellvertreter stehen ihm die Unionspolitiker Werner Dollinger, Wilhelm Hahn, Kai-Uwe von Hassel und Friedrich Vogel zur Seite. Neu in den Kreis der zwölf Beisitzer wurden unter anderem der rheinische CDU-Bundestagsabgeordnete Peter von der Heydt sowie der Landesvorsitzende des EAK Baden, der ehemalige Justizminister Dr. Traugott Bender gewählt.

Stetiges Engagement entscheidet für den neuen Vorsitzenden über zukünftige Entwicklungen, denn – so erklärte er – Tendenzwenden, wie sie sich jetzt im evangelisch gebundenen Wählerbereich abzeichnen, fallen einer Partei nicht in den Schoß, sondern müssen hart erarbeitet werden.

Dank an Gerhard Schröder

Auf die langjährigen Erfahrungen von Gerhard Schröder, der mehr als 22 Jahre lang als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises tätig war, wird und will der Arbeitskreis auch in Zukunft nicht verzichten. Gerhard Schröder wird auch weiterhin der Tätigkeit des Evangelischen Arbeitskreises eng verbunden bleiben – Roman Herzog schlug ihn den Delegierten als Ehrenvorsitzenden vor und lang anhaltender Beifall bekräftigte Richtigkeit und Fairneß dieser Entscheidung.

Unterstützen Sie unsere Arbeit

Ihre Spende für den EAK

Postscheckkonto Köln 1121 00-500

Sparkasse Bonn 56 267

Zum „Missionarischen Jahr 1980“

Das Jahr 1980 haben kürzlich in Frankfurt Vertreter von Landeskirchen, Freikirchen, christlichen Verbänden und evangelistischen Werken zum „Missionarischen Jahr“ erklärt; mit den Vorbereitungen hat man begonnen. Dekan Gerhard Weber – Studienleiter am Missionsseminar in Bad Liebenzell und ab 1. Juli 1978 Geschäftsführer des Missionarischen Jahres 1980 – berichtet nachfolgend über die Grundvorstellungen zum Missionarischen Jahr.

Drückende Enge herrscht bei den Gottesdiensten der Evangeliumschristen-Baptisten der Sowjetunion. Auch in Rumänien, der Tschechoslowakei und in anderen Staaten in Osteuropa erleben wir gerade in unseren Tagen mutmachende Aufbrüche des Evangeliums. Wie aber steht es bei uns? Keiner glaubt mehr an das „christliche Abendland“. Der sonntägliche Gottesdienst erreicht nur noch eine relativ kleine Anzahl von Menschen, und christliche Moral- und Wertvorstellungen verblassen unter uns mehr und mehr. Nichtchristliche Religionen, Säkularismus und praktischer Atheismus gewinnen zunehmend an Einfluß. Deutschland ist Missionsland geworden! So schreit unsere Zeit danach, daß der Ruf des Evangeliums auch unter uns neu und mit größerer Intensität und Gemeinschaft als bisher erklingt, denn „Gott will, daß allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen“. Die Jahreslosung 1980 gibt dazu Wegweisungen und Ansporn.

Ziel der geplanten Aktion ist „die Weckung des missionarischen Bewußtseins innerhalb des Protestantismus in der Bundesrepublik, die Zurüstung von Amtsträgern und Laien zum evangelistischen Dienst und die Durchführung von evangelistischen Aktionen auf lokaler und regionaler Ebene“.

Das Programm heißt: „In diesem Jahr – das ganze Evangelium – allen Menschen – mit der ganzen Gemeinde – für alle Bereiche – auf mancherlei Weise“ – denn „Gott will, daß allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen“. Dazu ist zu bedenken, daß sich die Hilfe, von der hier die Rede ist, sicher nicht zunächst und zuerst auf politische, moralische oder psychologische Befreiung bezieht, sondern auf die umfassende Hilfe, die Gott jedem Menschen in Jesus Christus anbietet. Sie reicht von der Vergebung der Schuld bis zur Erneuerung auf allen Lebensgebieten und für alle Zeit und Ewigkeit.

Damit alle erreicht werden, reichen heute Spezialisten nicht aus. Die gesamte christliche Gemeinde ist zur Verkündigung der frohen Botschaft zu mobilisieren. So ist die missionarische Gemeinde in unserer Zeit nicht nur gefragt, sondern gefordert. Die Modelle, Methoden und Strategien der Evangelisation sollten überprüft und unter Umständen neu konzipiert werden. Hilfen zur persönlichen Entscheidung für Jesus Christus, zur neuen Orientierung am Evangelium und zum Verstehen, Begreifen und Vollzug des Evangeliums müssen gegeben werden. Richtschnur und theologische Basis dafür sind die Schrift „Evangelisation heute“, die Glaubensbasis der Evangelischen Allianz und die Lausanner Verpflichtung 1974. Aller Zentralismus und Dirigismus soll vom Ansatz her vermieden werden, denn alle Aktionen sollen von der Gemeinde her aufbrechen und getragen werden. So erstreckt sich die Aufgabe der Geschäftsstelle, die ab 1. Juli 1978 ihre Tätigkeit aufnehmen wird, auf Information, Koordination, Orientierungshilfe und Materialdienst. Dazu werden sich in nächster Zeit Trägerkreise

bilden, die für die jeweilige Region planen und anregen, was den Verhältnissen entsprechend geschehen kann und soll, damit – wenn Gott Gnade gibt – die evangelistische Initiative 1980 alle Häuser und Herzen im ganzen Lande erreicht.

Missionarisches Jahr 1980 – dies sollten wir nicht als selbstverständlich hinnehmen. Es bedeutet sehr viel, wenn Landeskirchen und große kirchliche Verbände sowie Freikirchen und freie evangelistische Werke gemeinsam ein „einseitig“ evangelistisches Programm in dieser Weise konzipieren und gemeinsam verantworten. Andere wichtige Aufgaben werden durch diesen missionarischen Akzent in der Arbeit der Kirchen und Verbände vielleicht vorübergehend in den Hintergrund gedrängt werden, aber die Beteiligten haben dies bewußt in Kauf genommen, in der Überzeugung, daß die Verkündigung des Evangeliums in aller Welt nach dem letzten Willen unseres Herrn ihre erste und vordringliche Aufgabe ist. Sie hat sie veranlaßt, alle Verschiedenheiten und Unterschiede, die zwischen den einzelnen bestehen, zurückzustellen, um miteinander dieses Ziel des Zeugnisses in unserer Zeit zu verwirklichen. Sicher sind bisher schon viele Aktivitäten in dieser Beziehung geschehen. Aber gerade jetzt ist die Gemeinde Jesu Christi neu und umfassend zu einem intensiven, gemeinsamen missionarischen Durchstoß aufgerufen. Er soll zielbewußt in zwei Phasen auf das Jahr 1980 erfolgen – einer Phase der Motivation und einer Aktion. Dieses Jahr aber soll letztlich nicht Höhepunkt und Abschluß gemeinsamer evangelistischer Bemühungen sein, sondern Impuls und Besinnung weiterer missionarischer Tätigkeiten der achtziger Jahre werden.

Lehrerausbildungsgesetz NRW

Zu einer Seminarveranstaltung über dieses Thema lädt die Evangelische Eltern- und Lehrerinitiative (EELI) NRW nach Düsseldorf ein für Samstag, den

26. August 1978. Voraussichtlicher Beginn 14.00 Uhr.
Auskunft und Anmeldung
EELI NRW, Postfach 15 21, 5300 Bonn 1

Aus unserer Arbeit

Selbstentfaltung der Familie muß erhalten bleiben

Oberkirch: „Staat und Gesellschaft haben die Pflicht, durch eine gezielte Familienpolitik einen Lebensraum zu schaffen und zu erhalten, der es der Familie ermöglicht, ihren Aufgaben gerecht zu werden“, betonte Annemarie Griesinger, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, auf einer familienpolitischen Fachtagung in Oberkirch, die der Evangelische Arbeitskreis der CDU Baden in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung, Außenstelle Freiburg, durchführte.

Weitere renommierte Referenten konnten für dieses Seminar gewonnen werden. So sprachen u. a. Dekan Karl-Heinz Ronecker aus Freiburg und Pfarrer Dr. Hans Bolewski aus Hannover zu den Themen „Überlegungen zum Menschenbild der Bibel“ und „Wie sieht eine menschengerechte Politik aus?“. Beendet wurde diese Veranstaltung mit einem Referat der Bundestagsabgeordneten Waltrud Will-Feld aus Bernkastel-Kues zum Thema „Wer erzieht unsere Kinder?“.

Christ und Politik – verträgt sich das?

Walldorf: Der kommunalpolitische Sprecher der baden-württembergischen CDU und Landtagsabgeordnete Heinz Heckmann aus Bruchsal sprach im Walldorfer Perkeo über das Thema „Christ und Politik, verträgt sich das?“. Diese Fragestellung wurde gewählt, weil viele Bürger glauben, Politik und Christsein verhalten sich zueinander wie Feuer und Wasser. Die erstaunliche Zahl anwesender Walldorfer bestätigte die Brisanz dieses Themas.

Heinz Heckmann ging zunächst auf die Ansichten der Bürger ein, die eine Verbindung von Politik und Christsein ablehnen. Folgende Meinungen wurden angeführt: Politik ist ein schlechtes Geschäft, Politik verdirbt den Charakter, Politik zwingt zum Kompromiß, ein Christ bereitet sich auf das Jenseits vor

und kann sich darum nicht mit Politik beschäftigen; was macht die CDU aus dem „C“, sieht nicht die Wirklichkeit ganz anders aus? Christliche Parteien benutzen oft unchristliche Methoden gegen ihre Gegner usw. Eine tiefere Betrachtung des Themas führe jedoch, so Heckmann, zu einer anderen Beurteilung. Der Politiker sei wie jeder Mensch dem Konflikt zwischen Gut und Böse ausgesetzt. Die Meinung des Apostels Paulus, daß wir das Gute, was wir wollen, nicht tun, das Böse, was wir nicht wollen, aber tun, gelte gleichermaßen für Politiker und Bürger. So gerieten Politiker wie Bürger immer in eine gewisse Schuld, die aber beim Politiker oft größer sei. Aus diesem Grunde würde auch dem Politiker unverblümt die Meinung gesagt als dem „Normalbürger“. Würde sich der Politiker beispielsweise nach dem Bibelwort richten „sorget nicht für den morgigen Tag, denn dieser wird für das seinige sorgen“, so würde er von den Bürgern abgewählt. Der Politiker muß also an die Zukunft denken und eine gewisse Ordnung errichten, damit jeder Mensch frei leben kann.

Im Rahmen der ausführlichen Diskussion erläuterte der stellvertretende Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Baden, Michael Feist aus Freiburg, Ziele und Aufgaben des EAK und dankte für die rege Beteiligung an diesem Abend. Die Herren Meyer und Schreyer werden den Aufbau des EAK Walldorf fortsetzen.

Professor Jürgensen vor dem EAK der CDU: „Die Stunde der Kirche“

Kiel: In einer öffentlichen Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU unter Leitung von Dr. Heinz Zimmermann-Stock referierte der Kieler Historiker Prof. Dr. Kurt Jürgensen über seine Forschungen zum Wiedererstehen der evangelischen Kirche nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Titel seines Werkes, „Die Stunde der Kirche“, sei – so Jürgensen – ein Zitat aus der Zeit unmittelbar nach dem Zusammenbruch, als der

Anspruch formuliert wurde, die Kirche zur Trägerin eines umfassenden kulturellen Wiederaufbaus zu machen.

Gespräch zwischen Kirche und EAK

Heidelberg: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU-Heidelberg hatte Mitglieder und Freunde sowie Vertreter der beiden christlichen Kirchen zu einem Gespräch über das Thema: „Das hohe „C“ und die CDU – Anspruch und Wirklichkeit“ eingeladen. Unter den Gästen konnte der Vorsitzende des Arbeitskreises, Prof. Dr. G. Wolf, die beiden Dekane Mogel und Schmoll und Monsignore Prof. Hauser begrüßen und als einführende Referenten die Pfarrer Günther und Kleemann sowie den stellvertretenden Landesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises Baden und Kreisvorsitzenden der CDU, Stadtrat Heinz Reutlinger.

Alle drei Referenten stimmen darin überein, daß Gespräche dieser Art zwischen Kirchen und allen demokratischen Parteien sinnvoll seien. Die Kirchen könnten und dürften sich jedoch parteipolitisch nicht festlegen. Die Probleme des Christen in der Welt könnten von den Kirchen allerdings nicht übersehen werden. Ihrem Auftrag gemäß seien die Kirchen immer für die Schwachen in der Gesellschaft da. Stadtrat Heinz Reutlinger betonte, daß die CDU für sich eine erhöhte Verpflichtung sehe, zu einer an christlichen Grundwerten orientierten Politik, wobei allerdings nicht der Anspruch der Ausschließlichkeit erhoben werde.

In der Diskussion wurde die Frage angeschnitten, inwieweit sich Pfarrer parteipolitisch engagieren dürften. Dabei wurde die Meinung vertreten, daß das Amt parteipolitische Stellungnahme oder gar Propaganda verbiete, nicht aber Mitgliedschaft in einer Partei, zu der auf Befragen der Pfarrer auch stehen sollte.

Verhältnismäßig breiten Raum nahmen Fragen aus dem sozialpolitischen Bereich ein. Die Vertre-

ter der Kirchen kritisierten, daß oft kirchliche und karitative Initiativen durch zu ausführliche Vorschriften des Staates erschwert würden. Hier sollte ein größerer Freiraum wiedergeschaffen werden. Grundsätzliche Bedenken von fast allen Anwesenden wurden gegen eine verbreitete schiere Daseinsideologie des „immer größer, immer besser, immer mehr“, vorgebracht. Bescheidenheit und Demut seien demgegenüber fast vergessen. Hier gelte es, über gemeinsames Nachdenken und Bewußtwerden zu neuen Einstellungen und Handlungen zu finden.

Ausführlich wurde das gerade für Heidelberg wichtige soziale Problem der Stadtstreicher besprochen, was aber nicht nur ein Ordnungsproblem sei, sondern in erster Linie ein medizinisch-soziales.

Vorschläge wurden ausführlich besprochen. Die Entwicklung von Modellvorschlägen in gemeinsamer Zusammenarbeit, auch aufgrund auswärtiger Erfahrungen (Frankfurter Modell), wurde erwogen.

Christ sein und politische Verantwortung

Uelzen: Auf einer Regionaltagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU – Landesverband Niedersachsen – in Uelzen, ausgerüstet und tatkräftig unterstützt vom Kreisverband Uelzen der CDU, war ein großer und außerordentlich interessierter Personenkreis zur Erörterung eines tiefgründigen und täglich aktuellen Themas zusammengekommen: „Christ sein und politische Verantwortung“. Eingeführt, zugleich aber auch Antworten auf brennende Fragen gebend, wurde vom Podium aus: Staatssekretär Prof. Roman Herzog, Bonn/Mainz, designierter Kultusminister in Baden-Württemberg und Landessuperintendent Manzke, Stade, Mitglied des Bischofsrats der ev.-luth. Landeskirche Hannover.

Das Verhalten und Handeln des Einzelnen als Christ in unserem Volk und in aller Welt als praktische Politik, mit ihren vielen Möglichkeiten im Großen und im Kleinen, wurde von Herzog an zahlreichen Beispielen vorgetragen. Es folgte das Eingrenzen und Ausdeu-

ten des Themas aus theologischer Sicht durch Landessuperintendent Manzke. Er rückte überaus einprägsam, ganz das Liebesgebot in den Mittelpunkt und gab von hier aus Begründung und Wegweisung für das Handeln des Christen. Hier der Theologe und dort der Politiker: im Spiegelbildlichen wurde die Einheit deutlich.

Unter starker Beteiligung des Plenums schloß sich eine Diskussion an, geleitet von Pastorin Conring, Vorstandsmitglied des Landesarbeitskreises, konzentriert geführt, aber thematisch sehr weit gespannt: Amtskirche und Politik, Kirchenvorstand und politisch extremistisch – verfassungsfeindlich agierende Gemeindepfarrer, Stellung des Christen zur Gewaltanwendung, zur Atomenergie, zum Gleichheitssatz als Element nationaler und internationaler Politik, Unvereinbarkeit von Marxismus und Christentum, politische Theologie, Gottesdienst und politischer Frühschoppen als am Sonntagvormittag miteinander konkurrierende Veranstaltungen und vieles andere mehr. So sagte ein Teilnehmer am Schluß der Veranstaltung: „Der Evangelische Arbeitskreis ist so offenkundig notwendig und kraftvoll zugleich, unersetzlich in der Diskussion über Grundsatzfragen, unersetzlich in der Diskussion mit der Kirche und für die Kirche, unersetzlich für den Christen in der Gegenwart, der politische Verantwortung tragen kann und will“.

Die Kirche ein Hort der Freiheit

Karlsruhe: Gerade weil die Kirche „fremdbestimmt“ ist, nämlich von Gott kommend, unterliegt sie keiner anderen Fremdbestimmung und verwirklicht damit Freiheit. Und deshalb sind auch ihre Symbole im gesellschaftlichen Raum – bis hin zu dem Kreuzifix im Amtszimmer – Symbole der Freiheit. Mit diesem Orientierungspunkt bezeichnete der Vorsitzende des EAK Baden, Justizminister a. D. Dr. Traugott Bender MdL, zugleich den Umkreis, in den der Christ als politisch Handelnder hineingestellt ist. Dr. Bender, der vor dem EAK und einem Ortsverband der CDU Karlsruhe über das Thema „Der Christ in der politischen Verantwortung“ referierte, machte deutlich, daß aus der christ-

lichen Offenbarung ein Menschenbild, aus dem Menschenbild wiederum eine politische und gesellschaftliche Ordnung folgt.

Besonders im Hinblick auf die Rechtsordnung warnte Dr. Bender vor Relativierungen, die ihr Maß aus dem Faktischen beziehen und so den Umgang mit der Macht pervertieren. Unchristlich sei ebenso eine Theologie der Machtverdammung: Sie würde dem Christen das Feld der Bewährung nehmen. Dr. Bender warnte in diesem Zusammenhang vor einem „Liberalismus“, der die ethischen Begriffe in das Reich des Privaten verweist und damit auch zur Entethisierung des Rechts beiträgt. Hier bedeute Privatisierung in Wahrheit die Kollektivierung.

Wiedergutmachung statt Vergeltung

Oldenburg: Überlegungen zur Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität wurden bei einer Veranstaltung der Frauenvereinigung und des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Oldenburg angestellt. Elmar Heinrich Supe, wissenschaftlicher Assistent an der Universität Osnabrück, forderte in seinem Referat stärkere Stützung der Familie, schnellere Aufklärung von Straftaten, raschere Verurteilung der Täter, keine Straferhöhung und statt Strafen zur „Vergeltung“ Auflagen, die im Sachzusammenhang mit der Tat stünden und Wiedergutmachungscharakter trügen. Während der Diskussion wurde ange-regt, die Arbeit der Bewährungshelfer stärker zu unterstützen.

Der Mensch soll dem Menschen dienen

Pforzheim: Der CDU-Kreisverband Enzkreis/Pforzheim und der Evangelische Arbeitskreis der CDU-Baden (EAK) luden kürzlich zu einem öffentlichen Gespräch mit Dr. Traugott Bender MdL, Justizminister a. D. und erster Vorsitzender des EAK-Baden ein. Pfarrer Kurt Meythaler sowie Hugo Leicht MdL, Kreisvorsitzender der CDU, begrüßten die zahlreich anwesenden Gäste, unter denen sich auch Alt-Bundestagsabgeordneter Gott-

fried Leonhard und Dr. Hans Roth MdL, befanden.

Dr. Traugott Bender begann seinen Vortrag mit der Frage, ob das „C“ für christlich der Demokratischen Union (CDU) noch seine Berechtigung habe. Gerade diese Frage werde in letzter Zeit immer häufiger auch von Außenstehenden gestellt und sei auch aus diesem Grund als ständige Herausforderung zu verstehen. Eine Herausforderung, die immer wieder auf den Auftrag, den man als Christ habe,

zurückführe. Christ sein schließe politische Tätigkeit nicht aus, wenn man sich darin dem Nächsten zuwende und ihm gegenüber nicht Gleichgültigkeit offenlege. Politischer Einsatz sollte von Christen als ein besonderer Grad von Verbindlichkeit verstanden werden.

Politik und Kirche: Aufgabe und Verantwortung einer christlichen Politik sei es, der Kirche den Stellenwert zuzuweisen, der ihr auch in Zukunft die Freiheit erhalte und ihre Aktionen fördern und unter-

stützen. Christliche Ethik werde sich immer im politischen Stil abzeichnen und nur so könne Politik dem Menschen dienen.

Im Anschluß an den Vortrag stellte sich Dr. Bender einer Diskussion, in der er noch offene Fragen beantwortete. Ferner berichtete Michael Feist, stellvertretender Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Baden über die Arbeit des EAK, über die Interessierten auch reichlich Publikationen zur Verfügung stehen.

Aufforderung zur Mitarbeit am Grundsatzprogramm

Am 8. Mai 1978 hat der CDU-Bundesvorstand den Entwurf für ein Grundsatzprogramm der CDU verabschiedet. Dieser Entwurf ist zugleich die Vorlage des CDU-Bundesvorstandes an den 26. Bundesparteitag, der in der Zeit vom 23. bis 25. Oktober 1978 in Ludwigshafen stattfindet.

Alle regionalen Gruppen des Evangelischen Arbeitskreises sind nunmehr aufgerufen, sich mit dem Grundsatzprogramm in der jetzt vorliegenden Form kritisch auseinanderzusetzen und ihre Stellungnahmen hierzu bis zum 25. August 1978 an den EAK-Bundesvorstand, Friedrich-Ebert-Allee 73, 5300 Bonn

zu übersenden, der seinerseits über die Einzelvorschläge beraten und diese dann dem CDU-Bundesvorstand weiterleiten wird.

Der Grundsatzprogramm-Entwurf kann umgehend bei der EAK-Bundesgeschäftsstelle angefordert werden; gleichzeitig erbitten wir von denjenigen EAK-Regionalgruppen, die beabsichtigen, sich mit dem Entwurf zu beschäftigen, eine kurze Mitteilung bis zum 30. Juni 1978, damit der EAK-Bundesvorstand zahlenmäßig einen Überblick über die von unseren Gruppen zu erwartenden Stellungnahmen erhält.

EKD distanziert sich vom Sjollema-Papier

Das Mitte Januar von der Antirassismus-Abteilung des Weltkirchenrates unter Leitung des Holländers Baldwin Sjollema vorgelegte Papier zum Thema „Südafrika heute – Hoffnung um welchen Preis?“ bejaht die Anerkennung der auch Gewalt einschließenden Auseinandersetzung für das südliche Afrika und bezeichnet diesen Kampf als „gerechte Rebellion“.

Über dieses Papier kam es zu einer Vertrauenskrise zwischen der EKD und dem Weltkirchenrat, wobei der Rat der EKD folgenden Brief an den Weltkirchenrat richtete:

„Dem Rat der EKD ist mit Anschreiben von B. Sjollema das Hintergrundpapier ‚Südafrika heute – Hoffnung um welchen Preis?‘ vorgelegt worden. Gerade weil wir auch unsererseits über die Verschärfung der Lage im südlichen Afrika betroffen sind und bemüht

sind, alles, was kirchlich legitim ist, zu tun, um in der Republik Südafrika Menschenrecht und Menschenwürde zur Geltung zu verhelfen, müssen wir uns von diesem Papier distanzieren. Wir stellen folgende Fragen:

1. Welche Legitimation eignet dem Papier? Sind sich die Verfasser dessen bewußt, daß auch, wenn es ‚keinen offiziellen Status‘ hat, der Ökumenische Rat als ganzer damit identifiziert wird?

2. Ist das Papier mit den Hauptbetroffenen, den christlichen Kirchen in Südafrika, abgesprochen worden? Sind sich die Verfasser dessen bewußt, daß eben diese Kirchen etwaige Folgen in erster Linie zu tragen haben werden?

3. Ist die dem Papier zugrunde liegende politische Lagebeurteilung zutreffend und gerechtfertigt? Ist

eine einzelne Dienststelle des Ökumenischen Rates legitimiert und in der Lage, politische Ermessens- und Wahrscheinlichkeitsurteile mit seiner Autorität zu decken?

4. Lassen sich die Beispiele aus der Widerstandsbewegung in der NS-Zeit und insbesondere das Verhalten Dietrich Bonhoeffers undifferenziert auf die Lage in Südafrika übertragen? Sollte es einer Dienststelle des Ökumenischen Rates nicht um größere Sorgfalt in der Darstellung und im Vergleich geschichtlicher Fakten gehen?

5. Wenn in der letzten Sitzung des Zentralausschusses ausdrücklich festgestellt wurde, daß die Definition des Kampfes für eine gerechte Sache noch nicht vorgenommen sei, darf es eine Dienststelle des Ökumenischen Rates ihrerseits unternehmen, diese Frage im Be-

zug auf die gewaltsame Auseinandersetzung in Südafrika schon zu entscheiden?

6. Wenn sich in den meisten Kirchen des Ökumenischen Rates die Einsicht verbreitet hat, daß unter verantwortlichen Theologen von gerechtem Krieg unter keinen Umständen gesprochen werden kann, darf dann in einer Stellungnahme einer Dienststelle des Ökumenischen Rates so getan werden, als gebe es Übereinstimmung im Bezug auf eine gerechte Revolution?

Wir bedauern, diese Fragen stellen zu müssen. Eine verbindliche Beantwortung sollte durch das Exekutivkomitee oder den Zentralausschuß erfolgen. Wir hoffen, daß es gelingt, die Vertrauenskrise, die durch den unverantwortlichen Versand des Papiers eingetreten ist, aufzufangen und sicherzustellen, daß Fehlleistungen dieser Art sich nicht wiederholen.“

Äußerst kritisch und in den wichtigsten Passagen deutlich ablehnend nimmt auch der Vizepräsident der EKD-Kirchenkanzlei, D. Erwin Wilkens zu dem Sjollema-Papier Stellung, wenn er u. a. schreibt:

„... Der Verfasser des Genfer Papiers macht sich zu einem Sprecher oder Sprachrohr ‚der‘ Schwarzen in der Republik Südafrika; ohne Rücksicht auf die politische Wirkung und auf die Auswirkung auf Betroffene vertritt er extreme und umstrittene politische Thesen und stellt er verwegene Postulate auf. Ganz unbegreiflich ist es, daß dies alles ohne jede Fühlungnahme und Rückversicherung nach Südafrika geschieht. ... Offenbar steht hinter der Fehlbeurteilung aus Genf die Vorstellung, es bedürfe nur einer letzten Kraftanstrengung, um das gegenwärtige Regime durch eine Rebellion im Innern und durch bestimmte Maßnahmen von außen her hinwegzufegen. Nur so ist das Denken in den engen Alternativen des Dokumentes überhaupt begreiflich. Derartige Urteile, die ja auf eine Rebellion abstellen, stehen Außenstehenden nicht zu. Es ist erst recht nicht die Aufgabe des Ökumenischen Rates der Kirchen, ein solches Bild von der politischen Situation in der Republik Südafrika den Christen in der ganzen Welt zu vermitteln. Es ist geradezu unverantwortlich, auf diese Weise die

weiterhin um friedliche Lösungen bemühten Schwarzen und Farbigen in Südafrika zu entmutigen und zu desavouieren. Derartige Parolen tragen erst recht eher zur Verschärfung der Lage in Südafrika als zur Milderung bei. ... Im Mittelpunkt des Hintergrundpapiers aus Genf stehen die Ausführungen über den gerechten Kampf. Gemessen an dem Anspruch dieses Papiers sind die Undeutlichkeit dieser Abschnitte und die mangelnde Präzision im Gebrauch von Begriffen geradezu beklagenswert. Es kommt hinzu, daß man den völligen Verzicht darauf, die bisherigen differenzierten Arbeiten des Ökumenischen Rates und seiner Gliedkirchen zur Gewaltfrage auch nur zur Kenntnis zu nehmen, nur noch als ein theologisches und ethisches Analfabetentum bezeichnen kann.“

Aus dem letzten Absatz der Stellungnahme Erwin Wilkens sei folgender Satz zitiert: „Es kann und darf nicht kirchliche Aufgabe sein, Politik zu treiben, aber es kann in bestimmten Situationen zu ihrem Dienst gehören, auf Politik hinzuwirken“.

Neuer EAK-Bundesvorstand

Im Rahmen der in Kassel am 28. April 1978 stattgefundenen Sitzung des EAK-Bundesarbeitskreises wurde der neue EAK-Bundesvorstand gewählt, dem nunmehr folgende Damen und Herren angehören:

Vorsitzender:

Professor Dr. Roman Herzog

Ehrevorsitzender:

Dr. Gerhard Schröder MdB

Ehrenvorstandsmitglied:

Dr. Elisabeth Schwarzhaupt

Stellvertretende Vorsitzende:

Dr. Werner Dollinger MdB

Professor D. Dr. Wilhelm Hahn MdL

Kai-Uwe von Hassel MdB

Friedrich Vogel MdB

Beisitzer:

Dr. Traugott Bender MdL

Dr. Ursula Besser MdA

Dr. Philipp von Bismarck MdB

Peter von der Heydt MdB

Dr. Gerd Langguth MdB

Karl Heinz Lemmrich MdB

Albrecht Martin MdL

Dr. Gottfried Mehnert

Inge Steimann

Hans-Adolf de Terra MdB

Dr. Richard Frhr. von Weizsäcker MdB

Waltrud Will-Feld MdB

Leser- Brief

Die hier geäußerte Meinung
braucht nicht mit der Ansicht
des Herausgebers oder der
Redaktion übereinzustimmen.

Adolf Stöcker und die Christlich-Sozialen

Es ist eine gute Sache, daß auch nach der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises 1977 in Siegen die Erinnerung an Adolf Stöcker und die Christlich-Sozialen wachgehalten wird, wie es in der Evangelischen Verantwortung geschah. (Nr. 12/77 u. 1/78). Sinnvoll erscheint mir, auch an den Fortgang der christlich-sozialen Sache zu erinnern. Neben Predigten und der Sammlung von Reden und Aufsätzen von Stöcker: „Christlich-Sozial“ steht in meinem Bücherschrank: D. Reinhard Mumm: „Der christlich-soziale Gedanke“ (1933). D. Mumm trug die christlich-soziale Fahne weiter bis zu seinem Tod im Jahr 1932. Im Dezember 1929 reichten die alten Christlich-Sozialen dem schon 1924 neu entstandenen Christlich-Sozialen Volksdienst an Stöckers Grab die Hände. Bei einer Berliner Kundgebung aus diesem Anlaß sagte D. Mumm: „Wir wollen die Einheitlichkeit des letzten Beweggrundes, der letzten Kraftquelle für alles Handeln. Das heißt nicht Politik und christliche Verkündigung ungerechtfertigt vereinheitlichen. Ich beanspruche für mich, dies klar zu unterscheiden, wie Vorhofsarbeit und Wirken im Heiligen und Allerheiligsten, und denke nicht daran, die Bibel zu einem Lehrbuch der politischen Kasuistik herabzuwürdigen. Wir stehen auch politisch in der Freiheit, zu der uns Christus befreit hat, wir stehen als Evangelische zu Luther und nicht zu den politischen Schwärmern seiner Zeit.“ Wie aktuell! Es gelang

bereits 1930 nach kurzem Anlauf vierzehn Abgeordnete für den Christlich-Sozialen Volksdienst in den Reichstag zu bringen. Sie bildeten mit Treviranus und seinen Freunden eine Fraktion und das „Zünglein an der Waage“ für den Reichskanzler Heinrich Brüning. In Bethel brachte es der Volksdienst auf 40,4 % Stimmen, im Siegener Land auf 32,8 %, im fränkischen Neuendettelsau auf 27,3 %, in Baden und Württemberg auf 27,3 % – 11 %. Es hat sehr wohl einen Sinn, auf Stöcker und den Fortgang seiner Sache heute hinzuweisen. Diese Frauen und Männer haben zu ihrer Zeit die Dringlichkeit der sozialen Frage gesehen und sie mutig angegangen. Unsere Schüler sollen heute nicht nur von Marx hören, sondern ebenso von einem Wichern, Stöcker, Huber, Rudolf Todt mit seinem Dialog mit den radikalen Sozialisten – schon 1877! – ebenso von einem Ketteler und Kolping und der Enzyklika „Rerum novarum“. Auch Friedrich Naumann gehört in diese Reihe, obwohl er sich von Stöcker trennte und 1896 den Nationalsozialen Verein gründete. (Eine gute Übersicht gibt G. Brakelmann: „Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts“ Luther-Verlag Witten 1962).

Ebenso sinnvoll ist es, auf den Weg des Volksdienstes hinzuweisen. Auch diese Frauen und Männer haben die Zeichen ihrer Zeit erkannt und schon früh vor Hitler gewarnt. Bereits 1930 klebten vor allem junge Leute ein Plakat in ganz Deutschland, das den über Land ziehenden Totenreiter von Rethel zeigte. Über dem Sensenmann auf dem Pferd war zu lesen: Soll es so kommen? Soll Tod und Grauen in Deutschland herrschen? Es waren Christlich-Soziale, die klar sagten, daß es für einen evangelischen Christen nur eine Parole geben kann: Keine Stimme für Hitler! Auch das soll unsere Jugend heute wissen, daß Katholiken und Protestanten aus christlicher Verantwortung dafür standen. Die Überlebenden fanden sich 1945 meist bei der CDU. Wir schauen in die Geschichte, nicht um uns zu brüsten, wie klar wir gesehen haben. Das haben auch andere getan – klar gesehen. Heute, nach Jahrzehnten sehen wir Mängel,

Fehler und Schwächen deutlicher als damals. Wir sehen sie bei Stöcker und den Nachfolgenden. In den „Berlinischen Reminiszenzen“ hat Karl Kupisch treffend Adolf Stöcker als Hofprediger und Volkstribun schon auf dem Titelblatt bezeichnet. Heute wissen wir, daß beides zusammen so nicht möglich war, auch wenn Stöcker bald ein Hofprediger a. D. wurde, was seine Freunde so deuteten: Hofprediger aller Deutschen. Trotz diesem und anderem darf das Eine nicht verschwiegen werden: Stöcker kämpfte aus lebendigem christlichem Glauben für soziale Gerechtigkeit wie wohl kaum ein anderer auf evangelischer Seite. Sein Wollen war rein und lauter. Er, der Sohn eines Schmiedes wußte genau, wo den kleinen Mann der Schuh drückte. Ihn bewegte eine große Liebe zu seinem Volk, zu seiner Kirche und zu seinem Vaterland. Und das, weil es sich von Gott in Jesus Christus geliebt wußte. Er und seine Sache dürfen in Deutschland nicht vergessen werden.

Nach dieser Niederschrift kommt mir der Artikel von dem mir oben genannten Prof. Dr. Brakelmann: „Soziale Frage im Eiskeller“ Evang. Kommentare 2/78 in die Hand. Eine erfreuliche Würdigung, die lesenswert ist. Stöcker, der für Gerechtigkeit kämpfte, hat hier Gerechtigkeit erfahren. Sagt doch Brakelmann: „Zu Beginn des Jahres 1878 gab es keinen Kirchenmann im deutschen Protestantismus, der größeres Format gehabt hätte als er“. Davon war ich immer überzeugt. Es heute zu lesen: wunderbar! Brakelmann sieht die Grenzen Stöckers und nennt sie mit Würde und Anstand. Er kann sagen: „Stöcker bleibt ein Mann unserer nationalen und unserer Kirchengeschichte. Seine Größe und seine Grenze sollten als ein Teil der Bewältigung unserer Vergangenheit zum Gegenstand gemeinsamen Nachdenkens gemacht werden.“

Nachdem Stöcker so viel Ungerechtigkeit widerfahren ist, hat mich dieser Beitrag sehr erfreut.

Pfarrer Kurt Meythaler
Emil-Strauß-Straße 9
7530 Pforzheim

Büchertips

Folgende Bücher, auf die wir
gerne hinweisen, wurden uns zur
Rezension übersandt:

Klaus Schleicher: Familienbildung
104 Seiten
Pädagogischer Verlag Schwann,
Düsseldorf

**Staudinger/Behler: Chance und Risiko
der Gegenwart**
385 Seiten
Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn

**Heinz Eduard Tödt: Das Angebot
des Lebens**
144 Seiten, 8,80 DM
Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn

**Theato/Reineke: Konferenzen und
Verhandlungen erfolgreich führen und
gestalten**
172 Seiten, Kst., 36,- DM
I. H. Sauer Verlag GmbH, Heidelberg

Wolfgang Böhme: Ist Gott grausam?
104 Seiten, broschiert, 8,50 DM
Evangelisches Verlagswerk, Stuttgart

Bodo Manstein: Atomares Dilemma
192 Seiten, kt., 5,80 DM
S. Fischer Verlag

Rainer Barzel: Auf dem Drahtseil
Droemersch Verlagsgesellschaft
Th. Knauer Nachf. GmbH & Co, München

**Erwin Wilkens: Politischer Dienst
der Kirche**
140 Seiten, 9,80 DM
Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn

Dokumentation

Ein verwunderliches Referat in der Evangelischen Akademie Arnoldshain

Südafrika im Prozeß der Befreiung

Zu diesem Thema fand kürzlich in der Evangelischen Akademie Arnoldshain eine Tagung statt, die erheblichen Konfliktstoff enthielt. Aus dem Referat der zur Zeit in Utrecht lebenden Studienleiterin des Christlichen Instituts in Johannesburg *Oshadi Pakathi* geht der Ruf nach Gewalt eindeutig hervor. Wie wir erfuhren, waren sich im übrigen alle Referenten dieser äußerst einseitig konzipierten Tagung einig in der Bejahung von Gewaltanwendung in Südafrika.

Veranstalter der Tagung in Arnoldshain waren die Außenstelle Utrecht des Johannesburger Christlichen Instituts und der Europäische Leiterkreis der Evangelischen Akademien. Kein Zweifel, daß wieder einmal das Geld des deutschen Kirchensteuerzahlers diese streng ideologisch ausgerichtete Tagung mitrug, die just in dem gleichen Saal in Arnoldshain stattfand, in dem 1970 durch den Weltkirchenrat die ersten Bewilligungen aus dem Sonderfonds des Antirassismusprogramms ausgesprochen wurden.

Das Christliche Institut in Johannesburg, das – wie *Oshadi Pakathi* ausführt – organisierte Gewalt als einziges Mittel für die endgültige Lösung des südafrikanischen Konfliktes hält, wurde zwischenzeitlich durch die Südafrikanische Regierung geschlossen. Allen in Kirche und Politik Verantwortlichen empfehlen wir, das Referat aufmerksam zu studieren. Auf eine Interpretation verzichten wir bewußt, doch sei noch einmal klar darauf hingewiesen, daß nach unserer Auffassung jede Art der Gewalt als Mittel zur Lösung von Konflikten abzulehnen ist. Es gibt weder den gerechten Krieg, noch – wie es Vertreter des Weltkirchenrates uns im Hinblick auf das südliche Afrika einreden wollen – die gerechte Rebellion.

Die Glaubwürdigkeit der – auch weltweit tätigen – kirchlichen Institutionen wird daran zu messen sein, ob sie gleichermaßen auf Unrecht und Unfreiheit, wo immer es erforderlich ist, ob in Ost oder West, hinweisen.

Die Evangelische Verantwortung bringt das Referat als Dokument in dem Text, in dem er in einer von der Akademie autorisierten Übersetzung veröffentlicht wurde.

Trotz der Übersetzungsschwierigkeiten hoffe ich, daß die Formulierung der Themen, die mir übertragen wurden, das Deutsche in angemessener Weise wiedergibt. Der Ausdruck „Prozesse“ statt des im deutschen Themenvorschlag enthaltenen „Bewegungen“ wurde jedoch sehr absichtlich gewählt. Der Grund für diese Bevorzugung ist, daß im politischen Kontext „Bewegungen“ und „Organisationen“ leicht verwechselt werden. Diese Verwechslung möchte ich vermeiden. Ferner ist es wesentlich für mich, auf dem Standpunkt des Christlichen Instituts zu bestehen, daß weder die Kirchen, Organisationen noch andere Institutionen die schwarze Gesellschaft Südafrikas

befreien können, ohne anzuerkennen und zu akzeptieren, daß die Initiativen der Schwarzen bei der Suche nach Frieden und Freiheit im südlichen Afrika maßgeblich sind. Das bedeutet, daß es außerhalb meiner Zuständigkeit für das Christliche Institut (im Exil) liegt, hier für die einheimischen, politischen Organisationen Südafrikas zu sprechen und zu handeln.

Die Organisationen werden stets für sich selber sprechen und handeln. Das Christliche Institut (C.I.) hat teil an der Forderung nach Befreiung, weil es von den einheimischen, politischen Organisationen insoweit orientiert und geleitet wird, wie die Ziele dieser Organisationen

mit den christlichen Grundsätzen übereinstimmen. Deshalb werde ich von den Prozessen der Befreiung und der Gerechtigkeit in der Wirklichkeit des heutigen Südafrikas sprechen, zuerst von einem christlichen Standpunkt aus, so wie ihn das C.I. versteht und zweitens in Beziehung zu der Beteiligung des C.I. bei dem Kampf für Befreiung und Gerechtigkeit in Südafrika.

Der in dem Einladungsbrief zu dieser Veranstaltung zitierte Auszug von James Mathews Gedicht „Die Christen“ aus „Cry Rage“ (Schrei Deinen Zorn heraus), stellt fest, daß die Bruderschaft der Menschen allumfassend ist. Ich werde vom christlichen Standpunkt aus,

so wie ihn sich das C. I. zu eigen gemacht hat, zu zeigen versuchen, warum die Bruderschaft der Menschen allumfassend sein sollte. Im August 1977 bestätigte das C. I. sein Ziel, nämlich der Kirche Jesu Christi in ihrer Berufung, Leib Christi zu sein, zu dienen. Die Vorstellung vom „Leib“ umschließt die Ideen der „Ganzheit“, „Einheit“ und „Aktivität“. Die drei Ideen werden untrennbar, sobald man sich den Leib als funktionsfähige, organische Einheit vorstellt. Theologisch ausgedrückt bedeutet das, daß sich Gott durch die Fleischwerdung in der Person Christi mit dem sündigen Menschen vereint und völlig identifiziert.

Das geschah, damit die Erlösung erfolgen konnte. Wenn wir akzeptieren, daß der Glaube die Grundlage des inneren Lebens der christlichen Kirche ist, dann muß die Kirche auch versuchen, die Art ihres inneren Lebens nach außen hin zu verdeutlichen. Sobald aber Christen im Glauben vereint sind, folgt daraus, daß sie auch die Einheit des Handelns verdeutlichen sollten. So wird die Kirche als funktionierende, organische Einheit, als der mystische Leib Christi ihren Glauben jederzeit nach außen hin bekunden, indem sie als Ganzheit, Einheit und mit Aktivität lebt und handelt. In ihrer Ganzheit bildet die gesamte christliche Gemeinschaft eine Familie. Die Bruderschaft der Menschen ist allumfassend und muß auf der Grundlage unseres christlichen Glaubens stets darauf zielen, allumfassend zu sein.

Das bedeutet konkret – um es mit den Worten von Dr. Manas Buthelezi in seinem Vortrag „In Christus – Eine Gemeinschaft im Geist“, den er vor der 6. Generalversammlung des Lutherischen Weltbundes, die vom 13. bis 26. Juni 1977 in Tansania stattfand, auszudrücken – daß gerade wegen dieser Einheit im Glauben „Die Kirche nur dann in einer vorhandenen Situation existieren kann, wenn sie nicht länger Privilegien genießt, an denen das Volk keinen Anteil hat“. Die Kirche muß, genau wie Christus, so ungeschützt sein, wie das Volk, dem zu dienen Christus kam.

Das bedeutet, daß die Kirche als Institution und als Volk Gottes nicht frei bleiben darf, wenn der Rest des Volkes nicht frei ist. Das

bedeutet, daß die Kirche nicht diese Art von relativer Immunität genießen sollte, die den Eindruck hervorruft, daß die Kirche die Menschen „verkauft“ und derart verlassen hat, „daß sie durch die Strukturen der Unterdrückung als solche identifiziert werden kann, die anders ist als die Menschen“.

Wenn die Kirche ein Leib in Christus ist, warum kann dann eine Situation entstehen, in der Menschen Dinge zustoßen können, ohne daß sie der Kirche zustoßen? Die Kirche in Südafrika hat wirklich die Einheit der Christen, die Christus treu sind, verleugnet. Mit dieser Verleugnung hat die Kirche Entfremdung von den Menschen gelernt. Eben dies verwirft das C. I. Es vertritt und steht für eine Kirche, die durch völlige Identifikation mit den leidenden Menschen den Kampf dieser Menschen für Befreiung teilt und daran teilnimmt. Das C. I. verwirft die Kirche, der es an der Dimension der Fleischwerdung mangelt. Indem das C. I. die Dimension der Fleischwerdung akzeptiert, läßt es sich von dem Glauben bestimmen, daß „derjenige, der mutig mit den Unterdrückten zusammensteht, so wie Christus mit dem Sünder am Ende des Kampfes siegreich sein wird. Die grundlegende Osterbotschaft ist der Sieg des Lebens über den Tod.“ „Auferstehung bedeutet mehr als die bloße Hoffnung, daß wir, wenn wir sterben, wieder auferstehen werden. Sie bedeutet auch, daß das Leiden, so wie es vom Tod symbolisiert wird, nicht länger als Schicksal und Bestimmung der Unterdrückten hingenommen werden muß, sondern nur als Station auf dem Wege zur Befreiung. Das Kreuz von Golgatha ist nur eine Phase im Kampf, der durch Auferstehung gekrönt wird. Deshalb ist der Sieg am Ende des Kampfes stets Gewißheit, auch wenn sein Zeitpunkt und seine Gestalt nicht immer vorausbestimmt werden können. Die, die im Kampf nicht eins sind, können auch nicht bei der Siegesfeier am Ende des Kampfes eins sein. Deshalb kann eine Kirche, die nicht mit den unterdrückten Menschen eins ist, wenn es darauf ankommt, auf ihrer Seite gegen die Mächte der Unterdrückung zu stehen, nicht hoffen, von ihnen willkommen geheißen zu werden, wenn sie am Ende des Kampfes den Sieg feiern.“ Das ist die Situation, in der sich die Kirche in Südafrika befindet.

Ehe ich die Beteiligung des Christlichen Instituts am Befreiungskampf in Südafrika schildere, möchte ich einen kurzen Blick auf die Beteiligung der Kirchen außerhalb von Südafrika an demselben Kampf werfen. Mit anderen Worten: Ich möchte mich mit der Frage des Beitrags der christlichen Kirche zum südafrikanischen Befreiungskampf befassen, das heißt fragen: Welchen Beitrag leistet die Weltgemeinschaft der Christen, die außerhalb der Grenzen Südafrikas lebt? Vor dem denkwürdigen Datum des 16. Juni 1976 hatte die Weltgemeinschaft der Christen hinsichtlich der für die Lösung des Konfliktes in Südafrika am besten geeigneten Mittel einander widerstreitende Ansichten bereit. Nach dem 16. Juni 1976 scheint sich eine Radikalisierung und Verstärkung der widerstreitenden Schichten ereignet zu haben. Ich spreche hier über die gewaltsame oder nicht-gewaltsame Lösung des südafrikanischen Konfliktes. Es gibt jene Christen, die auf der Grundlage ihrer christlichen Überzeugung fordern, daß Gewalt für eine Lösung des südafrikanischen Konfliktes nicht zu rechtfertigen sei. Diese christlichen Denker verschreiben Gewaltlosigkeit als einzige Lösung unseres südafrikanischen Problems. Dieselben Christen gehen so weit, die Unterstützung von auf Gewalt zielenden Vorhaben zu verweigern. Das tun sie z. B., indem sie ihren Beitrag für das Programm des Weltkirchenrates zur Bekämpfung des Rassismus nur für nicht-gewalttätige Zwecke festlegen. Andererseits gibt es jene christlichen Denker, die die Unterstützung der Gewalt akzeptiert haben. Ich will mich jetzt mit der ersten Kategorie von Christen befassen.

Seit dem 16. Juni 1976 und der nachfolgenden, umfassenden Bannung von Organisationen und Einzelpersonen im Oktober 1977 kann der Ernst der heutigen südafrikanischen Situation in einer Bemerkung zusammengefaßt werden: Gewalt regiert weit und breit. Polizei und Militär des unterdrückerischen, rassistischen Regimes morden und plündern die verteidigungslosen Schwarzen. Die Polizei des weißen Regimes sperrt Schwarze geradezu heißhungrig ein und mordet sie schamlos in geheimen Zellen. Durch Mißbrauch der Justiz sind jene christlichen Führer und Organisationen, die die wahre Bedeu-

tung des Evangeliums furchtlos aussprechen, gebannt und zum Schweigen gebracht. Im ganzen Land erleiden Unschuldige den Tod durch die Hand der grausamen, am Abzug ihres Gewehres spielenden Polizei des rassistischen Regimes. Ist das denn keine konkrete, aktuelle Gewalt, die den verteidigungslosen, militärisch nicht geschützten schwarzen Massen aufgezwungen wird? Was antwortet das christliche Gewissen auf solche Brutalitäten und ungemilderte Grausamkeiten?

Die Frage lautet: Ist es für einen Christen in einer Situation, in der ein ganzes Volk dem Zustand fundamentaler Gewalt unterworfen ist, möglich, dieser Bevölkerung zu empfehlen, der Situation mit nicht-gewalttätiger Geduld zu begegnen? Würde das nicht bedeuten, daß die Christenheit in dieser Situation empfiehlt, die Schwarzen in Südafrika sollen auf ihr Leben und ihre Existenz verzichten? Es ist deutlich, daß in solcher Situation Gewaltlosigkeit nicht wahlweise empfohlen werden kann, von irgendwelchen geschichtlichen oder materiellen Faktoren bestimmt. Sie könnte so nur als methaphysische, unhistorische, transzendente Entscheidung empfohlen werden (Begräbnis-Beispiel von Soweto). Das wäre eine Entscheidung ohne materielle oder geschichtliche Komponenten. Doch genau das hält der Pazifismus für die Schwarzen Südafrikas in ihrer jetzigen Situation bereit. Pazifismus ist rein idealistisch. Seine Befürworter sprechen über grundlegende geschichtliche Handlungen und Entscheidungen aufgrund bloßer Gottesliebe. Ist dieser Gott denn ein metaphysischer Gott? Unser Gott ist der Gott des Gerichtes und der Verheißungen. Diese Gerichte verwickeln uns in eine konkrete Geschichte von Liebe und Strafe, Harmonie und Konflikt. Die christliche Dialektik der Geschichte zeigt uns, daß Gewalt und Gewaltlosigkeit keine absoluten Begriffe sind in dem Sinne, daß jede Gewaltlosigkeit gut und jede Gewalt böse ist.

Deshalb wäre es für einen christlichen Standpunkt heuchlerisch, den Schwarzen Südafrikas die Politik der Gewaltlosigkeit zu empfehlen. Eine derartige Empfehlung ist widerwärtig und unannehmbar, weil die christlichen Kirchen in Europa dafür bekannt sind, daß sie Armeen

von Kämpfern auf beiden Seiten eines Krieges segneten, während sie für den Sieg ihrer Seite beteten. Die Verordnung einer nicht-gewalttätigen Politik für die Lösung des südafrikanischen Konfliktes ist ungesund, irrational und bedeutungslos. Deshalb stimmt das C. I. der Überzeugung bei, daß organisierte Gewalt das einzige Mittel für die endgültige Lösung des südafrikanischen Konfliktes ist. Deswegen ruft das C. I. die Weltgemeinschaft der Christen auf, jene politischen Organisationen Südafrikas zu unterstützen, die auf gewaltsame Niederwerfung des unterdrückerischen, rassistischen Minderheiten-Regimes zielen. Solche Unterstützung muß bedingungslos und uneingeschränkt sein. Das ist der Standpunkt des C. I., und wir wiederholen, daß unser Standpunkt ganz und gar christlich ist. Da Gewalt jedoch nicht alles ist, was für den Kampf um Befreiung und Gerechtigkeit in Südafrika benötigt wird, wird die christliche Gemeinschaft gedrängt, ihre Unterstützung all jenen Organisationen, die innerhalb und außerhalb des Landes übereinstimmend und beständig auf eine radikale und grundsätzliche Veränderung hinarbeiten, die wahre Freiheit und Gerechtigkeit in einem neuen Südafrika sichert, fortzusetzen.

Das bedeutet, daß die Unterstützung selektiv sein muß.

Nun sind wir in der Lage, die Beteiligung des C. I. am Befreiungskampf zu bedenken. Vielleicht tun wir das am besten, indem wir versuchen, eine Antwort auf die Frage zu finden: An welcher Art von Situation hat das C. I. teil? Für längere Zeit verstand sich das C. I. als untrennbarer Teil des Befreiungskampfes. Das heißt, daß das C. I. sich selbst nicht als Leiter des Befreiungskampfes, sondern als ein Teilnehmer versteht, der die Entwicklung auf ihr Ende hin fördert. Im gegenwärtigen Südafrika hat das C. I. an einer Situation teil, in der rücksichtsloses, nicht provoziertes Schießen auf Schwarze die Haltung der schwarzen Bevölkerung verhärtet hat. Während die schwarze Bevölkerung unbewaffnet, doch entschieden und entschlossen blieb, dem Feind entgegenzutreten und Widerstand zu leisten, verstärkten Vorsters Regierung und die weiße Wählerschaft ihre unterdrückerischen Aktionen. Als die Schwarzen ihre Arbeitskraft entzogen, wurden

sie aus ihren Häusern herausgeschossen, um zur Arbeit zu gehen. Als schwarze Schüler die Klassenräume boykottierten, wurden sie verhaftet, beschossen und zum Schulbesuch zurückgezwungen. Als Schwarze sich engagierten, Massenorganisationen zu stärken, die auf wahre Freiheit und Gerechtigkeit hielten, wurden sie eilig in Kerker geworfen, wo sie auf geheimnisvolle Weise starben, während ihre Organisationen zur selben Zeit gebannt und für ungesetzlich erklärt wurden. Als die Schwarzen beteten und ihre Toten begruben, wurden sie innerhalb der Kirchen und Friedhöfe unbarmherzig ermordet. Als die Schwarzen ihre Toten begraben und die Hinterbliebenen trösten wollten, gab es Straßensperren und Schüsse, die sie hinderten, zur Trauerfeier zu gelangen. In den dunklen Verliesen von Vorsters Kerkern werden die schwerverletzten Opfer durch die Verteidiger von Vorsters sozialem und politischen System zu Tode getreten. Die Welt kennt diese Vorkommnisse. Wir haben es ihr bezeugt (z. B. der Brief an B.). Wenn die Welt jetzt ein drohendes Blutbad in Südafrika kommen sieht, so fragen wir das schwarze Volk von Südafrika: Wann ist ein Blutbad ein Blutbad? Wir haben immer in Blut getränkt gelebt und leben so weiterhin (Kolonialzeit — England 1910). Die Botschaft der südafrikanischen Weißen an die unterdrückten schwarzen Massen ist eindeutig: „Bis ihr uns nicht auf dem Schlachtfeld trifft, haben wir keinerlei Diskussionsgegenstand.“ Der unumkehrbare Weg zur gewalttätigen Lösung in Südafrika muß heute als lebendige Wirklichkeit anerkannt werden. An dieser Art von Situation nimmt das C. I. teil. Die Frage, mit der nicht nur das C. I., sondern das christliche Gewissen in Südafrika konfrontiert ist, lautet: Können die Kirche und einzelne Christen in Südafrika die Voraussetzung anerkennen und als ihren Ausgangspunkt akzeptieren, daß eine gewalttätige Revolution in Südafrika unvermeidlich ist und daß der Marsch entlang dieser schwierigen Straße begonnen hat? Von welcher Art wird die christliche Beteiligung in dieser Situation sein und welches Objekt wird sie haben? Das C. I. hat die frühere Frage bejahend wiederholt. Vielleicht muß ich an dieser Stelle dem Pazifismus in den Worten des Apostels wider-

sprechen „deshalb ergreift die Waffenrüstung Gottes, auf daß Ihr an dem bösen Tage Widerstand tun und alles wohl ausrichten und das Feld behalten mögt“ (Eph. 6,13). Dieser Abschnitt ist mit der Bildsprache des Schlachtfeldes bepackt. Dieser Christus, den der Pazifismus als passives Lamm präsentiert, war einst so voll Eifer, das Haus seines Vaters zu reinigen, daß er eine Peitsche aus Seilen machte und die herauspeitschte, die es entheiligten. In einer apokalyptischen Schau sieht Johannes jedermann vor dem Zorn des Lammes erschrecken. Durch seine Aktionen bemühte sich das C. I. beständig, seinem Verständnis für die Teilnahme an einer revolutionären Situation praktischen Ausdruck zu verleihen. Herr Vorster und seine Regierung hielten die C. I.-Aktivitäten für unduldsam und verfolgten die Führerschaft und Mitglieder des

C. I. schamlos, bis sie dickfällig beschlossen, das Christliche Institut von Südafrika für illegal zu erklären. De jure gibt es kein C. I. in Südafrika mehr. Doch trotz der Bannungen behaupten wir, daß „die Aktivitäten, in die das C. I. einbezogen ist, ein Gemeinplatz für Christen in allen freien Ländern sind“. Lassen Sie mich daran erinnern, daß die Bibel mit Abschnitten gefüllt ist, die uns lehren, daß Gott niemals Mangel an Agenten und Instrumenten hat, um seine Ziele zu erreichen. Wenn der Gebrauch normaler Mittel unmöglich wird, greift Gott auch zu den unnormalen. Der Prophet Jesaja erzählt uns (40,1-7), daß Gott sogar heidnische Könige erwählte, um den Lauf historischer Ereignisse in eine Richtung mit seinem Willen zu bringen. Jesus erinnerte die Juden, daß selbst sein erwähltes Volk nicht unersetzlich sei (Matth. 3,8-9). Wenn christliche

Heilige also mit anderen Dingen zu beschäftigt sind, um zu tun, was Gott zu tun benötigt, wenn christliche Propheten „zu geschäftig sind, ihre eigenen Dinge zu sagen, anders als es Gottes Priorität für die Stunde ist“, dann kann Gott sogar stumme und unreife Personen erwecken, so wie Gott der Jugend in Südafrika Mut verlieh, den christlichen Laien, über die Institution der Kirche erhaben, Gottes Willen in dieser Situation auszusprechen und zu tun. Mit anderen Worten, Gott wählt selbst unwissende Sünder, um seinem geschichtlichen Entwurf Gestalt zu geben. Der Kampf Gottes geht ständig weiter, und so wie das Osterereignis den Wendepunkt markiert, ist auch unser Sieg durch die gewalttätige Niederwerfung des Vorster-Regimes von Südafrika sichergestellt. Unser Kampf geht weiter! Das Christliche Institut wird nicht dahinter zurück bleiben!

Kurz notiert

Mehr Engagement für kirchliche Schulen

Kassel: „In der heutigen bildungspolitischen Situation können kirchliche Schulen wegweisend wirken, wenn sich die Kirchenleitungen und Synoden nicht zögernd, sondern mit Engagement und dem Mut zum Wagnis hinter sie stellen“. Dies erklärte Landeskirchenrat Dr. Gerhard Rödding kürzlich in der Evangelischen Akademie Hofgeismar bei Kassel. Außerdem müsse die Kirche in ihren eigenen Schulen „modellhaft“ zeigen, was sie pädagogisch anstrebt.

Neben den bestehenden kirchlichen Gymnasien und Realschulen sollten künftig auch einige Grund- und Hauptschulen im Anschluß an die konfessionellen Kindergärten eingerichtet werden, betonte der Landeskirchenrat. Das freie Schulwesen könne im übrigen erst dann geschlossen gegenüber staatlichen und kommunalen Stellen auftreten, wenn evangelische und katholische Schulträger kooperieren und dafür institutionelle Formen der Zusammenarbeit finden würden.

Nach Angaben Röddings besuchten im Schuljahr 1976/77 in Nordrhein-Westfalen 75 209 Schüler die 98 kirchlichen Gymnasien dieses Landes, 12 316 Schüler gingen in die 15 evangelischen Gymnasien.

Dr. Gerhard Rödding gilt als aussichtsreicher Nachfolger bei der Wahl des neuen Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Westfalen-Lippe. Albert Pürsten, der dieses Amt seit vielen Jahren innehat und mit viel Geschick ausfüllte, wird wegen Arbeitsüberlastung – bedingt durch seine parlamentarische Tätigkeit im Düsseldorfer Landtag – nicht mehr kandidieren.

Soldaten erwarten Hilfe des Pfarrers

Kiel: „Die Militärseelsorge muß sich stets neu befragen lassen, und die Öffentlichkeit hat mit darüber zu wachen, daß Kirche und Staat nicht in Gefahr geraten, eine Ehe zwischen ‚Thron und Altar‘ zu schließen!“ Anlässlich der Eröffnung der 23. Gesamtkonferenz Evangelische Militärseelsorge in Damp

2000 bei Kiel unterstrich Militärbischof Dr. Sigo Lehming erneut die Bedeutung des Militärseelsorge-Vertrages. Wenn auch das Verhältnis zwischen Staat und Kirche naturgemäß immer schwierig sei, so arbeite man doch im Bereich der Militärseelsorge vertrauensvoll zusammen. Das gilt für den Umgang mit der Truppe ebenso wie für die Kontakte mit der zivilen Verwaltung.

Dr. Sigo Lehming sagte zum Grundthema „Der Mensch im Prisma der Systeme“, daß der pluralistische und weltanschaulich neutrale Rechtsstaat mehr und mehr darauf verzichte, den Bürgern Wert-Normen zu setzen. Er schaffe aber Gesetze, die es dem Bürger ermöglichen, einen Freiraum zu beanspruchen, den er durch seine eigenen, ihm richtig erscheinenden Normen ausfüllt. Dies erfordere von dem Einzelnen ein hohes Maß an Einsicht und Verantwortung. Die Militärseelsorge wolle – wie die gesamte Kirche – dazu beitragen, den vom Staat geschaffenen Freiraum mit Werten zu füllen, „damit jeder in diesem Land in freier Selbstbestimmung dem Evangelium gemäß leben kann.“

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Evangelische Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten/Ts. 1

2. bis 4. Juni 1978

Politische Praxis an der Universität
Tagung für Studenten, Professoren
und andere Mitarbeiter

16. bis 18. Juni 1978

Kirchliche Diakonie und staatliche
Sozialarbeit

— Tagung des Arbeitskreises Recht
für Mitarbeiter der Kirche, der Dia-
konie, der Sozialarbeit, für Juristen
und Sozialpolitiker

Evangelische Akademie Bad Boll 7325 Bad Boll/üb. Göppingen

12. bis 18. Juni 1978

Ferienkurs für Familien geistig be-
hinderter Kinder —

In diesem Ferienkurs wird Familien
mit geistig behinderten Kindern
eine Woche des Gespräches, des
Erfahrungsaustausches und der Er-
holung angeboten. Neben den Ge-
sprächsgruppen für Eltern ist Zeit
für Spaziergänge, Schwimmen,
Fahrten in die nähere Umgebung
und Entspannung im Hause. Die
Kinder werden an den Vor- und
Nachmittagen von Mitarbeitern be-
treut.

Evangelische Akademie Baden Blumenstraße 7, 7500 Karlsruhe 1

9. bis 11. Juni 1978 in Bad Herrenalb

Rechte des Kindes?

Tagung über das Kind als Träger
von Grundrechten

Evangelische Akademie Loccum 3056 Rehburg-Loccum 2

26. bis 29. Juni 1978

Aktuelle Probleme der Berufs- und
Studienfachwahl

— Abituriententagung in Zusam-
menarbeit mit dem Landesjugend-
pfarramt

Melanchthon-Akademie Köln — Evangelisches Bildungszentrum Kartäuserwall 24 b, 5000 Köln

Fordern Sie bitte — soweit Sie im
Kölner Raum wohnen — die Unter-
lagen für die Seminar-Abendveran-
staltungen direkt bei der Melanch-
thon-Akademie an.

Der „Politische Club“ der
Evangelischen Akademie Tut-
zing führt seine 25. Jahres-
tagung vom 7. bis 12. Juli im
Tutzing Schloß durch. Sie
hat das Thema „Woher wir
kommen — wohin wir gehen“.

Interessenten wenden sich
bitte direkt an die Evange-
lische Akademie Tutzing,
Schloß, 8132 Tutzing am
Starnberger See.

Es sei jedoch schon darauf
hingewiesen, daß nur solche
Anmeldungen berücksichtigt
werden können, die sich auf
die ganze Tagung beziehen.

Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen — Haus Ortlohn Berliner Platz 12 5860 Iserlohn/Westfalen

9. und 10. Juni 1978

Überlegungen zu einer Theologie
der Natur

— Tagung zu Umweltfragen

26. Juni bis 3. Juli 1978

Behinderte und Nichtbehinderte
sind Partner

— Bildungswoche mit der LAG der
Clubs der Behinderten und ihrer
Freunde

Evangelische Akademie im Saarland e.V. Brauerstraße 6-8, 6600 Saarbrücken 3

Da die Evangelische Akademie im
Saarland eine Reihe von Abend-
veranstaltungen und Seminaren in
den einzelnen Orten des Saarlan-
des durchführt, werden interessierte
Teilnehmer gebeten, sich direkt mit
der Akademie in Verbindung zu
setzen.

Evangelische Akademie von Kurhessen-Waldeck 3520 Hofgeismar Schlößchen Schönburg

16. bis 18. Juni 1978

10. Schuljahr: Realschule?
Bildungsplanung in Hessen

23. bis 25. Juni 1978

Lyrik & Jazz — Workshop für Exper-
ten und Laien

Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg Wintererstraße 1 7800 Freiburg i. Br.

10. und 11. Juni 1978

Vergängliches und Bleibendes bei
Reinhold Schneider

Evangelische Akademie Nordelbien Tagungsstätte Marienstraße 31 2360 Bad Segeberg

19. bis 23. Juni 1978

Leben in der Demokratie
— Für Auszubildende

Evangelische Akademie der Pfalz Große Himmelsgasse 6 6720 Speyer

10. und 11. Juni 1978

(Haus Mühlberg
in Enkenbach-Alsenborn)

Verantwortung in der Wissenschaft

Evangelische Verantwortung — Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.